

Freiräume schaffen — Freiräume nutzen

Die Vollversammlung hat einen Streik beschlossen! – „Na und?“ mag sich mancher Student im Hauptstudium gefragt haben. Streiks gab's schließlich schon öfter. Sicherlich war er nicht auf der Vollversammlung am 26. November; und wenn er da war, stand er nur vor der Tür, denn kein erfahrener VV-Besucher konnte damit rechnen, daß Audimax und Kinosaal schon vor Beginn überquollen wie der Topf mit dem süßen Brei.

Spätestens am Donnerstag morgen war allerdings klar, daß dieser Streik etwas anders verlaufen würde als die der vergangenen Jahre. Wer sich noch am Mittwoch auf sein Seminar im Hauptgebäude, im Seminargebäude am Hegelplatz oder in der Invalidenstraße vorbereitet hatte, fand sich nun vor verschlossenen Türen. Und vor den Türen Streikposten.

Was tun? In die Bibliothek? Auch besetzt. Nach Hause? Oder was tun. So wie die Philosophiestudentin im ersten Semester, die eigentlich zur Pflichtvorlesung wollte. Und vor den Streikposten stand ... „Eigentlich find' ich's ja gut. Ich bleibe hier.“ Glühwein gab's auch.

Mit der Besetzung wurden Tatsachen geschaffen. Der Vorteil der Besetzung besteht darin, daß Lehrveranstaltungen im gewohnten Rahmen nicht stattfinden; der Nachteil der Besetzung besteht darin, daß Veranstaltungen – auch alternative – im gewohnten Rahmen nicht stattfinden können. Das Konzept der „alternativen“ Lehrveranstaltungen in der Uni, die Diskussion mit den Dozentinnen und Dozenten wurde damit zumindest erschwert.

Einen Fahrradparkplatz vor der Uni zu finden, war in den letzten Tagen kein Problem. Ein Indiz dafür, daß nicht alle ihren Platz in einer der Arbeitsgruppen suchten oder fanden. Sollen sie. Problematisch ist allerdings, wenn es Studentinnen und Studenten gibt, die ihre Stimme in der Vollversammlung nicht wiederfanden. Wenn bei einer Abstimmung für oder gegen einen Streik den Argumenten, die gegen die Aktionsform „Streik“ sprechen, kein Platz eingeräumt wird, dann ist es nicht verwunderlich, daß Studenten die Beschlüsse der Vollversammlung nicht als die ihren akzeptieren. „Mein individuelles Recht auf Bildung besteht in meinem Recht, Scheine zu machen.“ Diese Forderung wird bei AktivistInnen sicherlich Lächeln bis Empörung hervorrufen. Andererseits läßt sich die Aktivität, die diese Aktionswoche auszeichnet, nicht ewig aufrechterhalten – besonders wenn die akute Betroffenheit fehlt und „nur“ aus Solidarität gestreikt wird. Der Streik dient dazu, Öffentlichkeit zu schaffen. Die Studentinnen und Studenten konnten sich bundesweit eines Medieninteresses erfreuen, wie es schon lang nicht mehr der Fall war. Am Freitag treffen sich in Bonn Vertreter aller protestierenden Hochschulen, um über ein Gesprächsangebot von Bildungsminister Rüttgers und Kanzleramtsminister Bohl zu beraten.

Der Streik dient dazu, quasi institutionell Freiräume zu schaffen. Die Arbeitsgruppen nutzten und nutzen sie. Um langfristig in der Hochschul- und Bildungspolitik mitmischen zu können, ist es allerdings erforderlich, diese Freiräume dauerhaft zu schaffen. Institutionell wird dies kaum möglich sein. Jeder muß sich selbst entscheiden, wieviel Zeit und Kraft er investieren will. Ein Anfang ist gemacht ...



I n h a l t

Die AG's an der HU	S. 2
Streikposten werden	S. 3
Die AS-Sitzung vom 2.12.	S. 4
Interview mit Prof. Meyer	S. 6
Verträge nachverhandeln?	S. 7
Neuerungen des HRG	S. 8
Hessen und der Streik	S. 9
Termine & Aktionen	S. 10
Streikkommentar	S. 12
Impressum	S. 12

Aktionen und Aktionismus

Die Universitäten in Gießen und Marburg begannen mit dem Streik – bald sprachen die Medien von einem landesweiten Studentenstreik in Hessen. Alle hofften auf die Solidarität der Berliner Universitäten, die in den vergangenen Semestern ideenreich bewiesen haben, daß Aktionen möglich und auch notwendig sind. Studentenvertreter der bereits bestreikten Universitäten baten um die Unterstützung der Humboldt-Universität, um ihren (nennen wir es ruhig so) Kampf erfolgreich fortsetzen zu können.

Die Universitäten und Hochschulen Berlins erklärten sich nicht nur mit den bereits im Ausstand stehenden Bildungseinrichtungen des Landes solidarisch, sondern brachten sich mit konkreten Forderungen, die über das Land hinausgehen, ein.

Eine Euphorie, die von den Medien vielleicht initiiert wurde, sich jedoch Gott sei Dank verselbständigte, führte in nur einer Woche zu überraschenden Ergebnissen. Bereits nach der ersten Vollversammlung bildeten sich Arbeitsgruppen, die den befristeten Streik mit wirksamen und sinnvollen Aktionen ausfüllen wollen.

Alle Gruppen im einzelnen vorzustellen, wäre hier sicher fehl am Platz und auch nicht machbar. Die notwendigen Informationen erhalten Interessierte am „Info-Pool“, der sich vor dem Audimax befindet und Tag und Nacht besetzt ist. Hier liegen nicht nur diverse Tageszeitungen und Flugblätter, es kann jeder, der in einer der sich gerade im Aufbau befindlichen Gruppen mitarbeiten möchte, die dafür erforderlichen Angaben erfragen.

Um den Streik so durchzuführen, wie er von der Mehrheit der Studenten und Studentinnen beschlossen wurde, ist eine gute und bis ins Detail geplante Organisation nötig, durchgeführt von der AG „Besetzung“. Gerade durch die Unnachgiebigkeit der Streikposten, die sich in Listen einzutragen haben, wurde erreicht, daß sich alle Fachbereiche dem Streik anschlossen – die Schlüssel für die Hörsäle und Seminarräume befinden sich im Tresor des RefRats. Bis auf einige kleine, kaum erwähnenswerte Zwischenfälle wurden die Studierenden freundlich, aber bestimmt an der Teilnahme des regulären Lehrbetriebs gehindert.

Die Mitglieder der AG „Lust“ erklären sich für das kulturelle Pro-

gramm während der Streikwochen zuständig, sie organisieren die Musik, es legen verschiedene DJ's auf, an anderen Tagen spielen Bands, sie besorgen die Getränke, auch alkoholische, und sorgen für gute und nicht nur revolutionäre Stimmung.

Vorstellungen der Berliner Theater- und Opernhäuser werden von den Mitgliedern der AG „Theater“ besucht, um die Zuschauer auf die bildungspolitischen und kulturellen Probleme im Land Berlin aufmerksam zu machen. Wie auch in den vergangenen Semestern werden gerade diese Aktionen mehr als positiv aufgenommen.

Die AG „Alternative Veranstaltungen“, die sich erst im Aufbau befindet, beschäftigt sich mit inhaltlichen Fragen, um bei gemeinsamen Treffen zu klären, wie eine Verbesserung der Lehre und der allgemeinen politischen Situation an den Hochschulen langfristig zu erreichen ist.

Die AG „Hochschulrahmengesetz“ setzt sich mit dem Gesetz-entwurf Rüttgers auseinander und die AG „BAföG“ versucht während regelmäßiger Treffen, die Studenten zum einen über die Gesetzesvorlagen zu informieren und zum anderen Alternativen gemeinsam auszuarbeiten.

Es ist nicht möglich, alle Arbeitsgruppen auch nur annähernd aufzuzählen, hier sei nochmals auf den ständig besetzten Informationspool verwiesen bzw. auf das für jeden zugängliche Internet.

Eine Gruppe, die ich nun etwas ausführlicher vorstellen möchte, ist die AG „Forderungen“, die auch eine interessante Entstehungsgeschichte vorzuweisen hat.

Bereits nach der ersten Vollversammlung trafen sich Studierende der verschiedensten Fachbereiche, um einen Forderungskatalog auszuarbeiten, dieser wurde auf der darauffolgenden VV am 26. November 1997 vorgetragen. Neben Zustimmung erhielten die Initiatoren auch Kritik, die auf den weiteren Treffen konstruktiv umgesetzt werden sollte. Die Arbeitsgruppe traf wohl auf die größtmögliche Resonanz der Studentenschaft, hier fan-



den die erbittertsten Streitgespräche statt, die zu einer kurzfristigen Trennung der AG führten. Trotz der nicht zu unterschätzenden Meinungsverschiedenheiten trafen sich die Mitarbeiter des Forderungskatalogs am Wochenende, um einen Konsens zu finden. Während mehrstündiger Sitzungen, die letzte fand am Sonntag bis in die frühen Morgenstunden statt, wurde dann aber ein gemeinsames Papier verabschiedet. Die Arbeitsgruppe wies jedoch wiederholt darauf hin, daß es sich lediglich um Vorschläge handelt und handeln muß, die von den Studierenden konkretisiert oder verändert werden können.

Der auf der Vollversammlung am 1. Dezember 1997 vorgestellte Katalog wurde dann mit überwältigender Mehrheit und einigen wenigen Zwischenrufen angenommen. Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang der Umstand, daß in der Präambel ein Stop des Bildungs- und Sozialabbaus gefordert wird – die Verfasser des Forderungskatalogs sich also darauf geeinigt hatten, daß beides nicht mehr zu trennen ist.

Die Forderungen, die im einzelnen erläutert wurden, gehen über die Humboldt-Universität hinaus, wenn es da beispielsweise heißt: „Grundsätzlich müssen alle Studiengänge bedürfnisgerecht, das heißt in einem angemessenen Verhältnis zur Anzahl der eingeschriebenen Studierenden finanziell und personell ausgestattet werden ...“ Auch wurde in verschiedenen Punkten die Gleichstellung von Frauen gefordert, konkret lehnen die Initiatoren des Papiers die Habilitation als notwendige Voraussetzung für eine Professur ab, um den Frauen den Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere zu erleichtern. Erfahrungsgemäß scheitern viele

Akademikerinnen an dem kaum zu absolvierenden Arbeitsaufwand, den sie neben den privaten, das heißt mehrheitlich familiären Pflichten zu bewältigen haben.

Desweiteren wird die Selbstbestimmung der Hochschulen über Struktur und Inhalt von Lehre und Forschung gefordert. Eine Einflußnahme durch politische oder ökonomische Partikularinteressen ist zu vermeiden. Studiengebühren und die geplante Novelle des Hochschulrahmengesetzes werden ebenfalls kompromißlos abgelehnt – die Verankerung von kritischen Inhalten von Forschung und Lehre dagegen gefordert. Die genaue und gründliche Auseinandersetzung der Initiatoren mit der politischen und sozialen Situation in diesem Land beweisen unter anderem die Punkte 9 und 10 des Forderungskatalogs, die die rechtliche Gleichstellung von Nicht-EU-Staatsangehörigen und behindertengerechte Hochschulen fordern. Während die ersten Versuche für einige doch eher unrealistisch geklungen haben mögen, kann mit dem Punkte-Plan der Arbeitsgruppe durchaus etwas erreicht werden, wie zum Beispiel die Aussetzung des Vertrages zwischen der Humboldt-Universität und dem Berliner Senat.

Die, hier nur in Auszügen vorgetragenen, Forderungen können bei der Arbeitsgruppe direkt oder beim RefRat eingesehen werden. Darüber hinaus treffen sich die Mitarbeiter der AG täglich, um einige der Punkte zu konkretisieren, zu ändern oder noch einige hinzuzusetzen; die Treffen sind öffentlich, es wird versucht, und das beweist das bereits verfaßte Papier, alle Meinungen zu berücksichtigen.

Streikposten werden, ist nicht schwer...

Man muß sie schon bewundern, diejenigen, welche bei Wind und Wetter vor den Türen der Uni ausharren, Lob und Tadel über sich ergehen lassen und doch noch in recht guter Stimmung sind – die Rede ist von den Streikposten. Es werden immer Freiwillige gesucht, denn nur wenn die Türen ständig besetzt sind, kann der Streik aufrecht erhalten werden. Das Thema Streik stößt nämlich nicht bei allen auf Verständnis. Dies bekommen auch die Streikposten zu spüren. Handgreiflichkeiten sind zwar eine große Ausnahme, doch Unmutsbekundungen kommen häufiger vor. So erzählten uns einige Streikposten, daß ihnen von „netten“ Mitmenschen unterstellt wurde „faul zu sein, und nur zum Spaß herumzustehen“. Doch es gibt auch sehr viel positive Resonanz. Auch Dozenten zeigen oft Verständnis, wenn sie nicht in das Gebäude gelassen werden. Gegen die Kälte ebenfalls gut gerüstet, bestimmen warme Kleidung und Thermoskannen mit heißem Kaffee oder Tee das Bild bei den Streikposten.

Es ist nur weiterhin zu hoffen, daß sich noch viele in die Streikpostenlisten eintragen, die im Ostflügel vor dem Audimax aushängen. Es muß auch nicht gleich für einen ganzen Tag sein, oft werden Freiwillige nur für ein oder zwei Stunden gebraucht.



"Eurofighter als Recheneinheit!"

Wie mehrfach in der UnAuf berichtet, muß die Humboldt-Universität gemäß der ausgehandelten Verträge mit dem Land Berlin bis zum Jahr 2000 Kürzungen von 52 Millionen DM umsetzen, welche zu einem Drittel durch die mathematisch-naturwissenschaftlichen und zu zwei Dritteln durch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten erbracht werden sollen. Nachdem der erste Teil, der unter anderem die Schließung der Pharmazie beinhaltet, bereits vom Akademischen Senat (AS) beschlossen wurde, stand auf einer Sondersitzung des AS am 2. Dezember die Entscheidung über die Aufteilung der Kürzungssumme auf die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten an.

Aufgrund der anhaltenden Proteste wurden Tagesordnung und Sitzungsort jedoch kurzerhand geändert und auf den aktuellen Streik zugeschnitten. So fand die durch den RefRat publik gemachte Sitzung im Audimax statt, jedeR erhielt Rede-recht, VertreterInnen der Fachschafts-koordination verlasen einen Forderungskatalog, und es wurden Beschlußvorlagen der studentischen VertreterInnen in der Sonder-Sitzung diskutiert und zur Abstimmung gestellt.

Dem Aufruf des RefRats folgten etwa 2.000 Studierende, die teilweise Spruchbänder wie „HUB-Pharmazie bleibt“ oder „Keine Bildungslücken im Reha-Studium“ entrollten. So entwickelte sich bald eine kontroverse Diskussion anlässlich des ersten Antrages der studentischen AS-Mitglieder, die Nach-verhandlungen der oben genannten Verträge mit dem Land Berlin forderten.

Standpunkte zur deutschen Bildungspolitik

Doch zunächst ging es um persönliche Einschätzungen der derzeitigen Protestbewegung und ihrer Berechtigung. Alle VertreterInnen der unterschiedlichen Statusgruppen der Humboldt-Universität zeigten Verständnis für die Proteste (man fragte sich im Stillen, wer denn im AS den Verträgen zugestimmt hatte).

Juraprofessor Schwintowski zeigte sich überzeugt: „Es läuft etwas schief in diesem Land, nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Wie kann ich mir erklären, daß wir Wachstum haben und die Bildung wird weggespart – das kann doch nicht richtig sein, oder?“ Karla Schmidt (Bibliothekswissenschaft) meinte: „Wir sind gekauft mit schönen Worten von der Öffentlichkeit, alle denken: Die netten Studis wollen nur bessere Bibliotheken und Labore und Vorlesungsräume. Ich habe aber den Eindruck, daß sich die Proteste gegen ein bestimmtes Verteilungsmodell, zumindest der Finanzen, richten.“ Prof. Blankart von der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wies darauf hin, daß Deutschland unter den OECD-Ländern den zweitletzten Platz einnimmt, was die Ausgaben pro StudentIn angeht. Auch Anglistikprofessor Hansen ärgerte sich über die bundesweite Universitätspolitik. Die Wurzel des Übels sah er in der Unterbewertung der Lehre gegenüber der Forschung gerade in Westdeutschland. Beispielhaft dafür sei der Film anlässlich der Rede des Bundespräsidenten zur Bildungspolitik im Schauspielhaus gewesen: Es wurden einträgliche Forschungsschwerpunkte gezeigt, die Lehre hingegen mit keinem Satz erwähnt.

Besonders kritisierte er den Beschluß des Bundestages zur Anschaffung des Eurofighters: „23 Milliarden – wozu? Und

die von Rüttgers angekündigten 40 Millionen für die Bibliotheken sind nicht einmal ein Drittel der Summe, die man für ein einziges Jagdflugzeug benötigt!“ Präsident Meyer hielt den Eurofighter ebenso für derzeit überflüssig. Daraufhin machte der Dekan der Philosophischen Fakultät IV den Vorschlag: „Lassen Sie uns den Eurofighter als Recheneinheit einführen!“ Damit könne man den verantwortlichen PolitikerInnen stets demonstrieren, wo die Ursachen für den Bildungsnotstand zu finden sind. Mathematikprofessor Bank fand es „sowieso abenteuerlich, wer sich alles mit den Studierenden solidarisiert, aber nichts tut“.

„Es geht nicht mehr“

Was den Antrag auf Nachverhandlungen anging, so war man, vor allem wegen der Knappheit der Landesfinanzen, geteilter Ansicht. „Die Grundfrage ist doch: Woher soll das Geld kommen?“ so ein Student. Einer der studentischen VertreterInnen im AS, Rainer Wahls, wies auf den Unsummen verschlingenden Ausbau und Erhalt der drei großen Sportstadien in Berlin hin. Dagegen seien die Kürzungen bei den Universitäten lächerlich. Es gebe Bereiche, wo noch mehr gespart werden könne, demzufolge seien Nachverhandlungen sinnvoll. Es wurden aber auch Stimmen gegen Nachverhandlungen laut, wie zum Beispiel von Professor Henze (Erziehungswissenschaften). Er ist einer der wenigen AS-Mitglieder, die gegen den Vertrag gestimmt hatten, meinte jedoch: „Die Idee der Nachverhandlungen wird die Finanzsenatorin nicht sonderlich ernst nehmen, da könnte ja jede Uni kommen.“ Auch Prof. Bank schloß sich an: „Die Uni zu Verhandlungen über Peanuts zu verdammen, ist sinnlos.“

Präsident Meyer hingegen erklärte sich mit Nachverhandlungen einverstanden, allerdings unter der Prämisse, daß man mit konkreten Zielen in die Verhandlungen gehe. So wurde dieser Absatz des Antrages der StudierendenvertreterInnen fast einstimmig (17:1:0) angenommen. „Ich werde so gut verhandeln, wie ich kann“, sagte Meyer, „es liegt aber auch an Ihnen.“ Ferner wurde beschlossen, die Umsetzung der Sparbeschlüsse bis zum Ergebnis der Nachverhandlungen (11:2:5) auszusetzen sowie die Vorlage der Entwicklungsplanungskommission (EPK) unter der Maßgabe, weder ein Institut noch einen Fachbereich zu schließen (14:3:1), neu zu diskutieren.

Studiengebühren?

Der nächste Antrag sah ein Eintreten des HU-Präsidenten für die Abschaffung der 100,- DM Einschreibgebühr und gegen jede Einführung von direkten oder indirekten Studiengebühren vor. Der dazu Aufgeforderte zeigte sich alles andere als entzückt: „Wenn ich zum Land gehe und sage: 'Streich die 100,- DM', dann sagen die: 'Okay' – und wir haben weniger Geld.“

Auch Prof. Henze nahm Stellung zum Thema Studiengebühren: Habende an der Finanzierung von Nichthabenden teilhaben zu lassen, sei legitim; es sage schließlich niemand, daß Studiengebühren für alle gleich sein müßten. Ähnliche Überlegungen über eine Art AkademikerInnensteuer äußerte Vizepräsident Gröger – Gutverdienende könnten das Studium

der Nachfolgenden ruhig finanzieren, er selbst schließe sich da nicht aus. Die StudentInnen im Audimax bezogen vehement Stellung gegen Studiengebühren; eine Studentin war der Meinung, Herr Meyer führe die Nachverhandlungen ad absurdum, wenn er sich nicht einmal für die Aufhebung der 100,- DM einsetzen wolle, während ein Kommilitone gar über „personelle Konsequenzen“ nachdenken wollte. Beschlossen wurde mit großer Mehrheit die Verpflichtung Meyers, sich gegen die Einschreibengebühren zu stellen (16:1:1), über den zweiten Teil des Antrages wird nach Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf der nächsten AS-Sitzung diskutiert.

„Phänomen des Alters“

Gegen Ende der Sitzung legten die studentischen Vertreter eine außerordentlich brisante Beschlußvorlage vor: Im Rahmen der Erprobungsklausel des Berliner Hochschulgesetzes solle der AS die viertelparitätische Besetzung aller akademischen Gremien einführen (das heißt gleiche Anteile von ProfessorInnen, StudentInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und sonstigen Angestellten) und nur in forschungsrelevanten Angelegenheiten eine professorale Mehrheit zulassen. Ein derartiger Beschluß würde einen erheblichen Machtverlust für die ProfessorInnen bedeuten, die bisher in allen akademischen Gremien die absolute Mehrheit besitzen.

Eine paritätische Besetzung solcher Gremien sei „wichtig, um den Reformstau zu lösen“, so Jens Neumann, studentischer

Vertreter im AS. Der Antrag wurde zwar trotz des großen öffentlichen Drucks durch die vielen anwesenden Studierenden abgelehnt, der Vorschlag, die Idee auf einer nächsten AS-Sitzung zu behandeln und sie dann in die Erprobungsklausel-AG weiterzuleiten, jedoch angenommen.

Beschlossen wurden ferner die Unterstützung der Demonstration gegen das Hochschulrahmengesetz am 4. Dezember und der gegen Bildungs- und Sozialabbau anlässlich des Berliner Haushaltsentwurfes für 1998 am 10. Dezember sowie die Aufforderung an den Präsidenten, für eine Grundbedarfssicherung aller Studierenden durch den Staat einzutreten.

Zum Schluß machten die Studierenden ihrem angestauten Ärger noch einmal Luft. „Hier wird versucht, uns einzureden, daß unsere Forderungen nicht durchsetzbar sind“, warf ein Student dem AS vor, und warnte gleichzeitig: „Es ist enormer sozialer Sprengstoff da!“ Eine Studentin bezeichnete das Verhalten des AS als „Phänomen des Alters“, eine weitere äußerte generelles Mißtrauen. Auf der anderen Seite wurden eher die Gemeinsamkeiten betont; Fronten habe es doch nicht gegeben, versuchte Vizepräsident Gröger zu schlichten, man müsse an einem Strang ziehen.

Das abschließende Wort gebührte Präsident Meyer: „Ich werde den Karren nicht gegen die Wand fahren und hinterher darauf warten, daß die Mutter traurig wird, weil ich mir weh getan habe.“

Aber möglicherweise gibt es ja vorbeugende Trauer.

Fesselballon



Berechtigte Proteste, aber...

Zu den laufenden Studierendenprotesten und zur Lage der Hochschulen in Berlin befragten wir Professor Hans Meyer, Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Studierenden haben ein Jahr lang geschwiegen, jetzt gibt es wieder einen Streik und Proteste. Verstehen Sie die Studierenden?

Die Proteste sind berechtigt, da besteht gar kein Zweifel. Aber die Studierenden müssen sich überlegen, gegen wen sie den Protest richten. Ihn gegen die Universität zu richten, ist ziemlich unsinnig, denn die Universität leidet mit ihnen unter den gegebenen Umständen. Die Studierenden müssen ihre Proteste gegen den Staat richten.

Sehen Sie eine Front in der Universität?

Im Augenblick sehe ich keine Front in der Universität. Wenn man den Studierenden verdeutlicht, wieviel die Verträge für uns bedeuten, werden sie sich überlegen, ob sie die Verträge abschaffen wollen.

Die Studierenden beschuldigen die Unileitung, sich mit den Verträgen zu Bütteln des Staates zu machen ...

Das stimmt nicht. Wenn Sie die diesjährige Haushaltslage in Berlin anschauen, wissen Sie, was die Verträge bedeuten. Die Verträge haben uns dieses Jahr schon ein paar Millionen gebracht. Ich habe, als die Absenkungen schon beschlossen waren, im Akademischen Senat ganz klar gesagt: Wir haben zwei Optionen. Entweder wir machen Revolution oder wir verhandeln, und da niemand Revolution machen wollte, mußte man halt verhandeln. Warum das jetzt aufkommt, hängt zum Teil damit zusammen, daß jetzt die Kürzungsentscheidungen zu fällen sind. Nun merkt jeder, daß das auch reale Konsequenzen hat ...

... die von der Universität und nicht vom Staat vollzogen werden.



Die vertragliche Sicherheit eines Budgets versetzt uns in den Zwang, damit auskommen zu müssen. Wir sind gezwungen, so zu handeln. Wenn ich mich verweigere, wird die Landeskommision bestimmen, wie die Gelder verteilt werden.

Es gibt leise Stimmen in den Regierungsparteien, die einen Ausstieg aus den Verträgen fordern. Welche Alternative bleibt dann?

Die Verträge sehen keine Kündigungsmöglichkeit vor. Wenn die Staatsseite kündigen will, muß sie sich juristisch anstrengen. Ein Ende der Verträge wäre katastrophal. Dies würde bedeuten, daß der Staat noch weiter an den Hochschulen sparen kann. Und dies hieße: Wir geben eine Universität auf.

Glauben Sie denn, daß die Proteste bundespolitisch Erfolg haben werden?

Wenn die Studierenden klug gewesen wären, wären sie zu Bundesminister Rüttgers marschiert und hätten gesagt: 80 Millionen reichen nicht, wir brauchen das Doppelte. Und das hätten sie auch bekommen. Im übrigen ist das HRG nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist, daß die Bundesrepublik für den gesamten Bildungsbereich zu wenig Geld ausgibt. Ich denke, daß der Protest als solcher wirken muß und wird. Wenn im Bundestag das nächste Mal über bildungspolitische Angelegenheiten debattiert wird, wird man sich überlegen, ob man sich das noch einmal erlauben kann.

Glauben Sie wirklich?

Ja.

Wird das Land Berlin denn die entsprechenden Zahlungen zu Rüttgers' 40 Millionen aufbringen?

Staatssekretär Thies hat schon geäußert, das Land würde dies nicht machen; der Landesanteil ist von den Hochschulen selbst aufzutreiben. Ich finde, das ist eine wenig taugliche Äußerung ...

... die aber auf den Vereinbarungen der Verträge basiert! Diese sehen keine Beteiligung des Landes bei Bund-Länder-Programmen mehr vor.

Bedenken Sie: Der Vertrag verbietet die Zahlungen keineswegs, und hier handelt es sich um ein Sonderprogramm. Die Studierenden müssen also von Rüttgers fordern, den Berlinern kein Geld zu geben, wenn die Gegenfinanzierung nicht aus dem Landesetat kommt, sondern aus dem Hochschuletat.

Die Humboldt-Uni denkt also nicht daran, selbst zu zahlen?

Ich denke, so weit sind wir noch nicht. Und die 40 Millionen sind auch noch nicht da.

An anderen Unis sind die Präsidenten mit den Studierenden auf die Straße gegangen. Wann dürfen wir mit Ihnen rechnen?

Ich gehe sofort mit auf die Straße, wenn die Streikziele eindeutig und nachvollziehbar sind. Für die Aufkündigung des Vertrages werde ich nicht mitmarschieren. Ich könnte mir aber auch vorstellen, daß wir mal für die Studierenden marschieren, und wenn die Studierenden mitkommen wollen, können sie mitkommen.

Verträge nachverhandeln?

Langfristige Planung heißt in Berlin gewöhnlich Planung bis zum nächsten Haushalt – wahlweise auch Nachtragshaushalt. Dann stellt der Senat meist überrascht fest, daß kein Geld vorhanden ist und sucht hektisch irgendwelche Schwachstellen im Haushalt, um noch etwas locker zu machen. Jahrelang sahen die Berliner Politiker in den Hochschulen eine Zitrone, die immer mal wieder gepreßt werden konnte; mit sogenannten „Strukturplänen“ sollte die Finanzierung der Universitäten auf eine „feste“ Grundlage des Berliner Haushaltes gestellt werden – bis zur nächsten Sparklausur selbstverständlich. Irgend jemand kam im Frühjahr 1996 auf die Idee, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Die Zauberstäbe dafür sollten Verträge zwischen dem Land Berlin und den Hochschulen über eine Globalfinanzierung sein. Ziel war es, Planungssicherheit für die Hochschulen zu schaffen. In den Verträgen wurden die jährlichen Zuschüsse für die Hochschulen bis zum Jahr 2000 festgeschrieben – daß sie jährlich geringer ausfallen, ist für Berliner Verhältnisse selbstverständlich. Problematisch ist auch, daß die Zuschüsse jeweils der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bedürfen. Die Planungssicherheit währt also im Zweifelsfall so lange, wie der politische Wille vorhanden ist, den Vertrag aufrechtzuerhalten. Auch die Laufzeit von vier Jahren ist eindeutig zu kurz, um dem hehren Ziel zu genügen.

Andererseits wird den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, zusätzliche Einnahmequellen ausfindig zu machen. Eine Möglichkeit ist der Verkauf von Immobilien. Die Einnahmen daraus sollen jeweils zur Hälfte den Hochschulen und dem Land zugute kommen; scheinbar für beide lohnend, obwohl die Grundstücke dem Land gehören, sind sie doch nicht so einfach zu verkaufen, wenn die Universitäten diese noch nutzen. Um die Vorteile zu erkennen, sollte man allerdings die gegenwärtigen Preise für Immobilien nicht berücksichtigen. Nicht zusehendermaßen sollen sich die Einnahmen aus anderen Quellen wie Stiftungen, Wissenschaftssponsoring und – für Studentinnen und Studenten besonders interessant – Benutzungs-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren auswirken.

Ein drittes Problem ist die Einführung eines „differenzierten Systems von Kennzahlen zur Mittelzuweisung“ mit dem Ziel, die durchschnittlichen Kosten eines Studienplatzes in Berlin dem Bundesdurchschnitt anzugleichen. Dieses System der Kosten- und Leistungsrechnung soll von den Hochschulen bis 1998 eingeführt werden. Ob dieses System sinnvoll ist und wie es überhaupt funktioniert, ist noch ungewiß.

Eigenverantwortliche Strukturentscheidungen

Jetzt schon können wir die Arbeit im Sinne des § 9 beobachten. Die Hochschulen müssen bis zum Ende dieses Wintersemesters einen Strukturplan erstellen. Ziel sollte eine Schwerpunkt- und Profilbildung sein. Die Strukturpläne aller Hochschulen sollen von einer auswärtigen Gutachterkommission bewertet werden. Die ersten Ergebnisse waren die am 9. September vom Akademischen Senat (AS) beschlossenen Kürzungen in den Naturwissenschaften und die Vorschläge der Entwicklungsplanungskommission (EPK) für die Kürzungen in den Geisteswissenschaften, welche ursprünglich am 2. Dezember beschlossen werden sollten. Die Universitäten können die Politiker nicht mehr für die Strukturentscheidungen verantwortlich machen – lediglich die Höhe der Einsparungen ist auf dem Berliner Haushalt gewachsen. Die Entscheidungen fallen über die universitäre Gremienstruktur – mit allen Schwächen dieses Systems.

Im Zusammenhang mit dem vom Bund versprochenen Krümel-Programm von 40 Millionen DM für die Universitätsbibliotheken ist besonders § 11 interessant: „Sehen neue Bund-Länder-Programme für den Hochschulbereich eine anteilige Mitfinanzierung durch das Land vor, so wird das Land dafür keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen und auch nicht gegen den Willen der Hochschule aus deren Haushalt finanzieren.“

Böse Zungen behaupten, HU-Präsident Meyer erinnere sich nicht mehr daran, was er eigentlich unterschrieben hat. Meyer geht nämlich davon aus, daß der Länderanteil des Programms tatsächlich vom Land zu zahlen sei. Diese Vergeßlichkeit ist um so verwunderlicher, da dieser Punkt vor Vertragsabschluß höchst umstritten war. Ursprünglich wollten Präsident und AS das Land nicht aus der Verantwortung für diese Programme entlassen. Trotzdem stimmten sie schließlich den Verträgen in der jetzt gültigen Fassung zu – gegen die Stimmen und den Protest der studentischen Vertreter im AS.

Im Anhang des Vertrages werden dann noch Beispiele für „gezielte Studienreformaßnahmen“ genannt wie:

- Vergabe von Studienplätzen nach Auswahlgesprächen (was auch Studienbewerbern, die strenge NC-Anforderungen nicht erfüllen, ein Studium ermöglichen kann);
- Studienverlaufspläne, insbesondere für die ersten Semester;
- Zwischenprüfungen sollen bis zum Ende des sechsten Fachsemesters abgelegt werden;
- Abschlußarbeiten sollen in drei bis maximal sechs Monaten abgeschlossen werden;
- pädagogische Erfahrungen sollen bei Berufungsverhandlungen eine stärkere Rolle spielen;
- Evaluation der Lehre.

Die Umsetzung dieser Reformmaßnahmen bleibt den Hochschulen überlassen. Hier ist wie bei den Strukturmaßnahmen eine kritische Begleitung der Entwicklung erforderlich. Richtig ist sicherlich, daß die Einsparungen von den Universitäten umgesetzt werden müssen; unvergessen sollte aber auch bleiben, daß die Gründe für diese Einsparungen nur in geringem Maße bei den Universitäten zu suchen sind.

AktivistInnen des Streiks an der HU forderten die Nachverhandlung der Verträge. Auf der Sondersitzung des AS erhielt auch der Präsident einen entsprechenden Auftrag. Es ist keineswegs so, daß diese Forderung bei Politikern der CDU und SPD auf strikte Ablehnung stößt. Die Ziele von Studenten und Politikern sind jedoch höchst verschieden. Während einige AktivistInnen glauben, bei Nachverhandlungen gäbe es auch mehr Geld für die Hochschulen, hoffen die Politiker darauf, die Zitrone dann wieder stärker auspressen zu können, von mehr Geld für die Universitäten kann aber aus ihrer Sicht überhaupt nicht die Rede sein. Nachverhandlungen bergen daher Risiken, die aus heutiger Sicht noch nicht absehbar sind ...

Bundesweit gegen das HRG

Im Kampf für eine verbesserte Bildungs- und Sozialpolitik spielt die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) eine dominierende Rolle. Die Durchsetzung des Entwurfs hätte für die Studierenden einschneidende und überwiegend negative Auswirkungen. Erhöhter Leistungsdruck, elitäre Auslese und Internationalisierung würden zu Schlagworten für die universitäre Ausbildung der Zukunft, und die Entwicklung der Hochschulen in Richtung Markt und Wettbewerb könnte ungehindert fortschreiten.

Diskussionen um Inhalte und Auswirkungen des Hochschulrahmengesetzes existieren schon seit gut 20 Jahren. 1976 erstmals als mehr oder weniger akzeptierter Kompromiß zwischen der SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag und der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat verabschiedet, löste das HRG bundesweit Proteste aus. Eine ursprünglich angedachte breitere Demokratisierung der Hochschulstrukturen wurde bereits damals nicht realisiert. Nach der „konservativen Wende“ in Bonn 1982 wurde das der CDU sogar viel zu demokratische Gesetz kurzerhand zurücknovelliert und Professoren erhielten wieder mehr Einfluß in den Hochschulgremien, wohingegen der Mittelbau seine Selbständigkeit verlor. Es gab keine Reformen an den Hochschulen, und deshalb stagnierten trotz steigender Studiennachfrage die Ressourcen (Lehraufträge, Professorenstellen). Die Rahmenbedingungen (BAföG, Arbeitsmarkt) verschlechterten sich von Jahr zu Jahr. In den 90ern ging es durch die fortschreitenden Kürzungen der Finanzmittel weiter bergab. Auch „Zukunftsminister“ Rüttgers brachte keine Wende, im Gegenteil. In der allgemeinen Not beschloß man also eine erneute Änderung des HRG. Im August 1997 kam es zu einer Einigung zwischen CDU-Bundesminister Rüttgers und Wissenschaftsministern aus Sachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, welche einen faulen Kompromiß darstellt. Faul, da die SPD ihre Ziele – Verbot von Studiengebühren und Hochschuleingangsprüfungen – nicht durchsetzen konnte und dies auch noch relativ kampfflos hinnimmt.

Hier die vorgesehenen Neuerungen: Mittels §11 des HRG wird die Regelstudiendauer genau festgesetzt. Für DiplomstudentInnen an Fachhochschulen sind vier Jahre, für Magister- und DiplomantInnen an den Universitäten viereinhalb Jahre angesetzt. Bei Überschreitung der Regelstudienzeit ist neben der BAföG-Streichung eine Zwangsstudienberatung im §14 verankert und laut §15 werden demnächst ständige Leistungsnachweise gefordert. Einerseits soll das Studienverhalten damit gestrafft werden, andererseits wird den DozentInnen die Kontrolle des Wissensstandes der StudentInnen ermöglicht.

§19 sieht die Einführung der internationalen Abschlüsse Bachelor und Master vor. Das Studium wird damit zweigeteilt. Nach dem vierten Semester, also dem Wissensstand nach einem Grundstudium entsprechend, kann man die Universität mit dem berufsqualifizierenden Bachelor verlassen werden. Wer bleibt, kann nach zwei bis vier Semestern den Abschluß Master erreichen. Da der Bachelor aber wie gesagt berufsqualifizierend ist, entsteht hier das Einfallstor für verschärfte Zugangsbeschränkungen bis hin zum

Wegfall der Ausbildungsförderung oder gar der Zahlung von Studiengebühren ab dem 5. Semester.

Ein kleinerer, etwas unscheinbarer Paragraph (§32) sieht Auswahlverfahren vor. Wer den NC nicht schafft, kann sich noch Auswahlgesprächen der Professoren unterziehen. 20% der StudienanfängerInnen können so ausgewählt werden. Bleibt noch die Frage der Subjektivität bestehen.

Auch der Berliner Wissenschaftssenator Radunski verfolgt radikale Reformvorstellungen. Durch Finanzkürzungen wird die Zahl der Studienplätze bis zum Jahr 2000 weiter absinken. Einem Anstieg der StudienbewerberInnen von 28.000 auf 30.000 stehen 19.000 Studienplätze (von 85.000 insgesamt) für Erstis gegenüber. Radunski fordert deshalb eine Verschärfung der Zulassungsbeschränkungen. Die Konkurrenzsituation zwischen den Studierenden würde somit noch verschärft. Auswahlverfahren und Studiengebühren hält der Wissenschaftssenator für dringend erforderlich. Abstriche und Kürzungen bei studentischen Beschäftigten sind für ihn durchaus legitim. Überhaupt soll die Personalstruktur verändert werden, zum Beispiel mit der Einführung von Teilzeitprofessuren. Lehramtsstudiengänge sollen laut Radunski an die Fachhochschulen verlegt werden, womit die aus den 70ern stammende universitäre Integration der Pädagogischen Hochschulen hinfällig wäre.

Die SPD wehrt sich gegen die Einführung von Studiengebühren und wird dem Entwurf erst bei klarer Festlegung gegen diese zustimmen. Auch Rüttgers warnt vor Studiengebühren. Diese würden den Universitäten durch parallel laufende Hochschuletat-kürzungen wieder entzogen werden. Außerdem will er die Novellierung des HRG noch vor den Bundestagswahlen abschließen. Stellung zu den einzuführenden Studienabschlüssen Bachelor und Master nahm Sachsens Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer: Die Einführung dieser Studienabschlüsse gehe mit einer zunehmenden Internationalisierung der Hochschulen einher. Die deutschen Abschlüsse Magister und Diplom seien im Ausland unbekannt. Ein qualitativer Vergleich sei somit nicht möglich, was zu Unsicherheiten auf Seiten der Wirtschaft führe. Ein Problem sieht Meyer auch in der fehlenden Zerteilung der deutschen Studiengänge. Weiterhin beklagt er die Oberflächlichkeit der derzeitigen Debatte. Hier würde über die bestehenden Unterschiede – auch der britische und amerikanische Bachelor/Master unterscheiden sich stark voneinander – hinweg geredet. Eine Umstellung auf internationale Abschlüsse wird als Allheilmittel der deutschen Universitäten angesehen. Von der Wirtschaft fordert Meyer eine umgehende Verständigung. Was erwarten Unternehmen von Studienabgängern? Wo verlangen sie übertrieben viel (beispielsweise die Forderung einer Promotion in der Chemie)? Im Rahmen der Internationalisierung müßte besonderes Augenmerk auf den Spracherwerb gelegt werden.

Im Frühjahr 1998 soll der Beschluß über das HRG gefaßt werden. Der SPD-dominierte Bundesrat muß dazu seine Zustimmung geben. Laut Rüttgers ist eine Einbeziehung der Länderkammer rechtlich nicht erforderlich, da das Gesetz nicht direkt in die Kulturhoheit der Länder eingreift. Doch Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) ist empört. Sie droht, das Gesetz per Normenkontrolle zu Fall zu bringen, sollte Rüttgers tatsächlich den Bundesrat umgehen.

Termine

Vollversammlung, Bilanz und Aussicht
Freitag, 5. Dezember, 12.00 Uhr im AudiMax

Demo "Bildung kriecht, weil Dummheit regiert!"
Donnerstag, 4. Dezember, 13.00 Uhr am Brandenburger Tor,

Demo "Gegen Bildungs- und Sozialabbau"
Mittwoch, 10. Dezember (siehe Aushänge)

Aus dem Sprint in den Dauerlauf

Frankfurt will durchhalten

Die Goethe-Universität in Frankfurt/Main wird weiter streiken. Das entschieden etwa 2.000 Kommilitonen auf der Vollversammlung vom Dienstag, die aus Platzgründen wieder auf dem Campus stattfand. Damit beginnt für die Südhessen die vierte Streikwoche, die allerdings mit gedrosselem Tempo angegangen wird: „Aus dem Sprint in den Dauerlauf“ nennen die Frankfurter das. Ihnen geht es darum, der Politik gegenüber Standhaftigkeit zu beweisen.

Den Protest angezettelt hatten in Frankfurt die Studenten vom „Turm“, einem Gebäude, in dem die Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften untergebracht sind. Grund: Scheine zu erwerben ist in einigen Seminaren neben der eigentlichen Leistung vom Losentscheid abhängig. So kann es hier passieren, daß im vierten oder fünften Semester immer noch keine Zwischenprüfung möglich ist, weil ein Schein aus dem ersten Semester fehlt.

Bevor zwei Tage später die gesamte Uni den Streik beschloß, zogen noch die Juristen nach. Bis dahin hatten sich die Juristen von Streikvorhaben immer ferngehalten. Sie waren besonders über die katastrophalen Zustände in ihrer Bibliothek entsetzt. Aktuelle Zeitschriften oder Bücher werden dort nicht mehr angeschafft. Eingeschränkte Öffnungszeiten der Bibliotheken sorgen dafür, daß die wenigen Bücher auch nur noch beschränkt zugänglich sind. Personalmangel führt im nächsten Semester dazu, daß Klausurkorrekturen unerträglich lange dauern können. „Im Zweifelsfall wartet man eben ein Jahr auf seine Klausur“, meinte ein Studentensprecher dazu.

Den Protesten angeschlossen haben sich Schüler von zwölf Schulen aus Frankfurt und dem Umland. Sie unterstützen die Studenten, wollen aber auch auf ihre eigene Bildungsmisere hinweisen.

Gießen streikt nur noch bis Freitag

Am Montag, dem 1. Dezember, hat die VV der Uni Gießen beschlossen, den Streik ab nächsten Montag auszusetzen. Nach nun fünf Wochen sind die Gießener „müde“, wie ein Sprecher am Montag erklärte. Sie behalten sich aber eine Wiederaufnahme des Streiks vor. Beibehalten werden auf jeden Fall die Info-Cafés.

An der Justus-Liebig-Universität hatten die Lehramtsstudenten angefangen zu protestieren. Zu diesem Wintersemester wurden

vor allem viele Studienanfänger nicht zu obligatorischen Veranstaltungen zugelassen. Die Situation spitzte sich am Ende der ersten Woche zu, als 600 Leute drei Seminare besuchen wollten. Die verärgerten Studenten wendeten sich dann an ihren AStA und traten noch am 29. Oktober in den Streik, dem sich einen Tag später Romanisten, Kunstpädagogen und Politikwissenschaftler der Philosophische Fakultät II anschlossen. Nicht mitgemacht haben in Gießen die Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und die Mediziner.

Michael Laufer vom Info-Pool zieht bis jetzt für die Gießener eine positive Bilanz. Zwar sieht er die protestierenden Studenten als „Opfer des Wahlkampfes“, ist aber von der geschaffenen Medienpräsenz angenehm überrascht. Ein bißchen stolz ist er auch auf die Rolle der Gießener als Vorreiter der Streikwelle: „Was wir ausgelöst haben, war eine ziemlich große Sache.“

Die angekündigten Zahlungen des Bundes und des Landes Hessen von insgesamt etwa elf Millionen Mark (davon acht vom Land) hält er für viel zu wenig. An der Uni Gießen konnten für die Gesellschaftswissenschaften immerhin zwei wissenschaftliche Mitarbeiter hinzugewonnen werden.

Marburg streikt weiter

Der Streik an der Phillips-Universität in Marburg geht in die vierte Woche. Als die Marburger am 10. November in den Streik traten, wollten sie vor allem die Gießener moralisch unterstützen, die schon zwei Wochen früher angefangen hatten. Inzwischen bestimmen bundespolitische Themen die Streikinhalte. Ein Sprecher sagte: „Wir streiken nicht aus akuter Not.“ Die Marburger wenden sich besonders gegen das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) und das Hessische Hochschulgesetz (HVG). Sie kämpfen aber auch gegen den generellen Sozialabbau und fordern eine soziale Grundversicherung für alle.

Enttäuscht sind die Studenten von der Berichterstattung der letzten Wochen. Zwar freuen sie sich über die große Aufmerksamkeit in Presse, Funk und Fernsehen, sehen ihre Forderungen aber inhaltlich auf die finanziellen Wünsche reduziert. Sie distanzieren sich von „beschwichtigenden Solidaritätserklärungen“, die eine Reaktion der Politiker darauf seien, daß die aktuelle Studentenbewegung nicht als Feindbild taue.



... und Berlin demonstriert

n j u h s Termine & Aktionen

Donnerstag 4.12.

8.00 Alternative Lehrveranstaltung
Geographie,
Nitz: „Von der Sektion Geographie zum
Geographischen Institut – die Mühen der
Umstrukturierung 1990-94 und was da-
von übrigbleibt“, Chausseestraße 86, R. 108

9.00–20.00 Non-Stop-Vorlesung
Bibliothekswissenschaften,
Dorotheenstraße 26, R. 121/118

9.00 Alternative Lehrveranstaltung
Germanistik,
„Wer ist verantwortlich für die Hoch-
schulmisere?“ mit Florian,
Mossezentrum, Schützenstr. 21,
Erdgeschoß

9.00 AG Forderungen
Dorotheenstraße 24, R. 311

10.00 Podiumsdiskussion
Theologie
Theologische Argumente gegen Sozial-
und Bildungsabbau
im Dom, R. 348

10.00 Aktion S-Bahn-Seminar
Slawistik
Russische Literatur,
Treffpunkt Hegelplatz

10.00 Alternative Lehrveranstaltung
Germanistik
„Verantwortlichkeiten der Gremien am
Institut für Informatik“ von Dr. P. Starke,
Axel-Springer-Straße 54, R.016

10.00 Alternative Lehrveranstaltung
Rechtswissenschaft
„Kann man Recht (noch) studieren?“ von
Prof. Marxen (Jura), Wittenbergplatz

10.00 Aktion vor dem Roten Rathaus
Asien- und Afrikawissenschaften, Medizin
Die Asien- und Afrikawissenschaften be-
gehen „rituellen Selbstmord“, die „Lei-
chen“ werden von den Medizinerinnen seziert.

10.30 Eltern-Kind-Streikaktion
auf dem Bebelplatz

13.00 Demo
„Bildung kriecht, wenn Dummheit re-
giert!“, Brandenburger Tor

14.00 Begräbnis der Gebrüder Humboldt
Treffpunkt Bebelplatz

14.00 Alternative Lehrveranstaltung
Informatik
Dr. H. D. Burkhard: „Angst vor der künst-
lichen Intelligenz?“,
Axel-Springer-Straße 54, R. 016

ca. 15.00 Verhüllungsaktion
vor dem Roten Rathaus: „Wir hüllen uns
nicht mehr in Schweigen“
(Wiederholung ca. 16.00 vor dem Kaufhof)

16.00 Vortrag über Feminisierung
Unter den Linden 6, R. 2014

17.30 Streikandacht
anschließend Mahnwache, Dom

18.00 AG Sozialbündnis
Dorotheenstraße 24, R. 107

19.00 Benefizkonzert
wahrscheinlich im Senatssaal

19.00 Aktion der AG Theater
Publikumsaufklärung in Opern und Thea-



Termine & Aktionen

tern, Treffpunkt: vor den Kammerspielen des DT

21.00 Chill Lounge presents
L.B. (hip hop) + Patrick (d&tb) + Special,
Guest in der Garderobe

Freitag 5.12.

täglich 9.00 AG Forderungen
Dorotheenstraße 24, R. 311

10.00 Alternative Lehrveranstaltung
Seminar „Lineare Algebra“,
Waschsalon, Rosenthaler/Ecke Torstraße

10.00 Alternative Lehrveranstaltung
„Situation und Aussichten am Institut
der Anglistik/Amerikanistik/etc.“,
Dorotheenstraße 24, R. 205

10.00 AG Warum klopfen uns alle auf
die Schulter?
Dorotheenstraße 24, R. 302

10.00 Alternative Lehrveranstaltung
„Die Sprache des Streiks“ mit Thomas,
Mossezentrum, Schützenstr. 21, Erdge-
schoß

10.00 Öffentlicher Gottesdienst
Bebelplatz

10.00 Vollversammlung
Gender Studies,
Dorotheenstraße 24, R. 206

10.00 Streiksingen der Juristen
Joachimsthaler Platz beim Kranzler,
Motto: „Uni ade, scheiden tut weh“

11.00 Musikalische Geschichte
gegen Sparen, Bahnhof Zoo

12.00 Vollversammlung
Audimax und Kinosaal: Streikevaluation!

14.00 Auktion vor dem Hotel Adlon
zugunsten der Bildung vor dem Hotel
Adlon: „Was ihr schon immer loswerden
wolltet“ Sperrmüll mitbringen!

15.00 Vollversammlung
Biologie L-Ana 1

16.00 Vollversammlung
Informatik Axel-Springer-Str. 54, R. 327

17.30 Streikandacht
anschließend Mahnwache, Dom

18.00 Podiumsdiskussion
Fachschaft Psychologie
„Bildungspolitik heute und morgen“,
Audimax oder Kinosaal

18.00 Infoveranstaltung
für Schülersprecher und Schulen,
Audimax (geplant)

21.00 Chill Lounge presents
Psychoplasma (live) + Phukon (ambient/
detroit) + Korsakow (trippy tunez from
nowosibirsk) in der Garderobe

Samstag 6.12.

12.00 Fußballspiel TU vs. HU vs. FU
Brandenburger Tor,
AG Fußballspiel, Café Sophienstr. 22a

Montag 8.12.

10.0 Vollversammlung
Anglistik/Amerikanistik/Keltologie,
Treff vor HubART

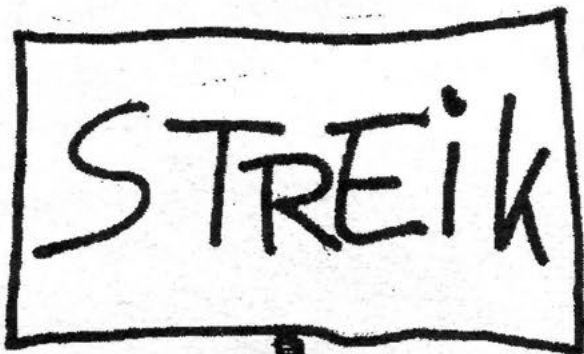
Dienstag 9.12

15.00 Besetzung des Großen Sterns



n j u h s Ihr Kinderlein kommet

Ja, auch in Deutschland geschehen noch Zeichen und Wunder. Wahrscheinlich ist es der vorweihnachtlichen Zeit zu verdanken, daß es selbst in dem fernen Örtchen Bonn bundesdeutschen PolitikerInnen wieder richtig warm ums Herz wird, wenn sie all die lieben Studierenden durch ihre Straßen ziehen sehen. Ganz ruhig wird es dann, und kein Wort ist mehr zu hören von „Studentenschwemmen“, „Bildungsschmarotzern“ und „faulem Pack“. Nein, man zeigt wieder Verständnis, bedauert und fühlt sich irgendwie betroffen.



Auch die Studierenden sind ganz verändert. „Nein! Ein zweites '68 wollen wir nicht haben“, sagen da einige, „aber die Hörsäle sind immer so stickig.“ Und so konnte es kommen, daß aus dem gesellschaftlichen Bild der Studierenden (langhaarig, hasch-rauchend, chaotisch, faul) plötzlich wieder der nette Junge von nebenan oder die immer so freundlich grübende Bekannte wurde. Dies haben auch die PolitikerInnen erkannt und stellen sich in die erste Linie der Protestbewegung (Mutig!). Was man da nicht alles zu hören kriegt. Ganz richtig verweist CDU-Generalsekretär Peter Hintze auf die Länder und sagt, daß sie „die Studenten hängen“ lassen (Jawoll Peter, gib's ihnen!). Oder der Bundesbildungsminister: Die Studenten haben „gute Gründe“ für ihre Proteste (Recht hat der Mann!). Auch die netten Herren von der FDP finden das alles ganz toll und verweisen zu Recht darauf, daß schließlich sie und niemand anderes den bildungspolitischen Diskurs angestoßen haben (Super, Wolfgang! Du, das find ich echt knuffig von Dir). Selbst radikalere Töne sind der FDP nicht fremd. So äußerte deren Generalsekretär Guido Westerwelle sanfte Kritik an den Studierenden, daß sie sich erst jetzt zu Wort meldeten (Kindchen, hätt'ste doch mal früher was gesagt! Na, komm her, ich pustel!). Zu guter Letzt schaltete sich selbst der Bundeskanzler persönlich in die Diskussion ein. (Das wär' doch nicht nötig gewesen, Helmut!) Er zeigte sich gerührt und scheute keine Umstände, sich noch vor der wichtigen Abstimmung zu den lauten großen Flugzeugen (die ganz wichtig sind wegen der Russen oder so) eine ganze Viertelstunde ausschließlich den Studierenden zu widmen (Einfach toll!!!). Da sage noch einer, es sei Wahlkampf (Böse, Böse!) Alles Unsinn: Weihnachten steht vor der Tür.

I m p r e s s u m

njuhs

ist eine Sonderausgabe der UnAufgefordert und erscheint unregelmäßig.

Herausgeber:

StudentInnenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Redaktion:

Frank Dalichow (verantw.), Beatrix Altmann, Julia Hasse, Anke Richter, Sammi Sandawi, Anita Schulz, Martin Uebele

Fotos:

Archiv, Barbara Braun, Stefan Beetz

Satz:

Stefan Beetz

Kontakt:

UnAufgefordert
Unter den Linden 6
Raum 3022
10099 Berlin
Tel.: 2093-2288
Fax: 2093-2754